

**REAKTIONEN AUF DIE WESTEUROPÄISCHE WIRTSCHAFTSINTEGRATION  
IN OSTMITTELEUROPA.  
Die ČSSR und Polen von den 50er bis zu den 70er Jahren**

**Dagmara Jajeśniak-Quast**

In dem hier vorzustellenden Teilprojekt des von André Steiner geleiteten Projektverbundes „Wirtschaftliche Integrationsprozesse und ihre Perzeption in West- und Osteuropa“ wird untersucht, welche Effekte sich durch den Prozess der westeuropäischen Integration für die Handelsbeziehungen Polens und der Tschechoslowakei zu den EWG-Ländern und die binnenwirtschaftliche Struktur der beiden Länder vom Beginn der fünfziger bis in die siebziger Jahre hinein ergaben. Zwei Fragestellungen stehen dabei im Zentrum:

1. Wie groß war der Stellenwert der wirtschaftlichen Beziehungen mit den westeuropäischen Ländern in der sozialistischen Planwirtschaft? Wie wurden die politischen und wirtschaftlichen Interessen in der Außenwirtschaft definiert und wer vertrat sie im Entscheidungsprozeß?
2. Wie wurden die entsprechenden Beschlüsse in den Außenbeziehungen zu den EWG-Ländern umgesetzt? Wie entwickelte sich die Außenwirtschaft der beiden Länder in Folge dieser – wie auch immer umgesetzten – Maßnahmen? Dabei stehen besonders das Volumen und die Struktur des Handels mit den EWG-Mitgliedsstaaten im Vordergrund.

Die wirtschaftspolitischen Reaktionen in den ostmitteleuropäischen Ländern auf die wirtschaftliche Integration des westlichen Teils des Kontinents und die daraus folgenden realwirtschaftlichen Konsequenzen in Ostmitteleuropa sind bis heute nicht ausreichend erforscht. Eine erste Monographie über die Tendenzen und Perspektiven des Handels zwischen Polen und den Ländern der EWG erschien in Polen erst im Jahre 1974.<sup>1</sup> Mit dem Außenhandel und den wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Blöcken befaßte sich die Forschung erst Ende der achtziger Jahre.<sup>2</sup> Im Unterschied dazu wurden einzelne Artikel zum Thema in zeitgenössischen Fachperiodika veröffentlicht. In Polen diskutierte man die Auswirkungen der westlichen Integration auf den polnischen Außenhandel und die Binnenwirtschaft für den hier betrachteten Zeitabschnitt in unregelmäßigen Abständen in „*Ekonomista*“ [„Ökonom“] (Warszawa 1947-2000), „*Handel Zagraniczny*“ [Außenhandel] (Warszawa: 1955-1984) und „*Życie gospodarcze*“ [Wirtschaftsleben] (Katowice: 1945-1949, Warszawa 1949-1988). Für die Tschechoslowakei sind in diesem Kontext die zahlreichen Veröffentlichungen in den zeitgenössischen Periodika wie „*Plánované hospodárství*“

---

1 Vgl. Andrzej Wiczorkiewicz, *Tendencje i perspektywy handlu między Polską a krajami EWG* [Tendenzen und Perspektiven des Handels zwischen Polen und den Ländern der EWG], Warszawa 1974.

2 Vgl. Maria Haendcke-Hoppe (Hg.), *Außenwirtschaftssysteme und Außenwirtschaftsreformen sozialistischer Länder. Ein intrasystemarer Vergleich*, Berlin 1988.

[„Planwirtschaft“] oder „Hospodářské noviny“ [„Wirtschaftsnachrichten“] vor allem in der Zeit des Prager Frühlings von großem Interesse.<sup>3</sup> Bis heute sind Untersuchungen zu diesem Thema rar geblieben. Vier Probleme liegen dieser Situation zugrunde:

- Erstens wurde in der bisher vorliegenden, vor allem westlichen Literatur davon ausgegangen, dass der Wert des Handelsvolumens und die Intensität der wirtschaftlichen Kontakte zwischen den ostmitteleuropäischen Ländern und den EWG-Ländern aufgrund des Eisernen Vorhanges und des Wirtschaftsembargos im Vergleich zu den Beziehungen mit anderen Regionen zu vernachlässigen seien.
- Zweitens ist die Außenwirtschaft der sozialistischen Länder bisher überhaupt nur unzureichend untersucht.
- Drittens beschränken sich die bisherigen Forschungen über den Außenhandel der sozialistischen Ländern meist auf die wirtschaftlichen Beziehungen innerhalb des RGW.
- Viertens ist der Zugang zu den Archivquellen auf Grund der Dreißig-Jahre-Sperrfrist erst seit kurzem möglich.

Die Erforschung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen den EWG- und einzelnen RGW-Ländern im Kalten Krieg bleibt also nach wie vor eine anspruchsvolle Aufgabe. Die Auswertung der Primärquellen in den Nationalarchiven ist auf Grund des geschilderten Forschungsstandes unumgänglich. Derartige Untersuchungen wurden parallel von Forschergruppen begonnen, die von Alice Teichová, Dieter Stiefel und Gertrude Enderle-Burcel in Wien, Luciano Segreto in Florenz sowie André Steiner in Potsdam geleitet werden. Darüber hinaus gibt es einzelne neuere Veröffentlichungen zu diesem Thema. Für die Tschechoslowakei sind vor allem Beiträge von Jaroslav Kučera, Drahomír Jančík, Christoph Buchheim und Valentina Fava zu nennen. Erste Ergebnisse dieser Forschungsansätze werden auf dem II. Kongress „Tensions of Europe“ in Lappeenranta im Mai 2006 und auf dem XIV. Weltkongress für Wirtschaftsgeschichte in Helsinki im August 2006 präsentiert.<sup>4</sup> Schon jetzt kann man sagen, dass der Eisernen Vorhang nicht immer so undurchlässig war wie ursprünglich angenommen. Besonders ab den 1970er Jahren flossen verstärkt westliches Kapital und Technologien in Form von Krediten und Patentlizenzen nach Ostmitteleuropa. Zum Beispiel

---

3 Jan Pleva, Konference o plánování zahraničního obchodu [Die Konferenz über die Planung des Außenhandels], in: *Plánované hospodářství* 21 (1968), Nr. 2; Zdeněk Šedivý, Ke koncepci rozvoje vnějších ekonomických vztahů [Zur Konzeption der Entwicklung der Außenwirtschaftsbeziehungen], in: *Plánované hospodářství* 21 (1968), Nr. 7; Karel Podlaha, Struktura vnějších hospodářských vztahů a ekonomická rovnováha [Die Struktur der Außenwirtschaftsbeziehungen und das wirtschaftliche Gleichgewicht], in: *Plánované hospodářství* 22 (1969), Nr. 4; Jaromír Kubálek, Konkretizace hospodářské politiky v oblasti vnějších ekonomických vztahů [Die Konkretisierung der Wirtschaftspolitik im Bereich der Außenwirtschaftsbeziehungen], in: *Hospodářské noviny* Nr. 32, 9.8.1968.

4 Siehe dazu die Programme der beiden Kongresse unter: <http://www.lut.fi/eki/toe2006/index.html> und unter: <http://www.helsinki.fi/iehc2006/brochure.html>.

erwarb Polen drei Viertel aller westlichen Lizenzen seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges in der Zeit von 1971-1979. Ab Mitte der achtziger Jahre kamen zu den Portfolioinvestitionen auch Beispiele von Joint-Ventures, also ausländische Direktinvestitionen aus den EWG-Ländern in der Region.

Vor diesem Hintergrund gilt es die These kritisch zu hinterfragen, wonach die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den RGW- und EWG-Ländern nach dem Zweiten Weltkrieg bis zu den siebziger Jahren vollständig abgebrochen worden seien. In dem vorliegenden Projekt wird daher von der Annahme ausgegangen, dass es ein Spannungsfeld zwischen der politisch motivierten Ablehnung der westeuropäischen Integration in den sozialistischen Staaten und dem wirtschaftlich bedingten Bestreben einiger Staaten gab, mit den EWG-Mitgliedsländern Handelskontakte zu unterhalten. Beispielsweise wurden trotz der Nationalisierung des Bankwesens nach dem Zweiten Weltkrieg sowohl in Polen als auch in der Tschechoslowakei zwei Banken nicht vollständig verstaatlicht, die den Außenhandel mit westlichen Ländern abwickeln sollten. Bis 1989 bleibt die Bank Handlowy [Handelsbank] in Polen - neben dem polnischen Staat als größtem Gesellschafter - auch teilweise in ausländischer, vorwiegend westeuropäischer Hand. Die ausländischen Beteiligungen erleichterten den Finanzverkehr insbesondere mit Unternehmen aus Westeuropa und den USA. Solche mit Polen weiterhin wirtschaftliche Kontakte pflegende Firmen vertrauten diesen Banken mehr als den rein staatlichen Finanzinstitutionen. Eine ähnliche Situation war in der Tschechoslowakei anzutreffen. Dort übernahm die Gewerbebank [Živnostenská banka] in der gesamten sozialistischen Periode eine Vermittlerrolle im Zahlungsverkehr mit dem westlichen Ausland.<sup>5</sup>

Grundsätzlich wird in diesem Projekt davon ausgegangen, daß die wirtschaftlichen Beziehungen Polens und der Tschechoslowakei mit den EWG-Ländern seit dem Zweiten Weltkrieg nicht abbrachen. Die Intensität des Handels beider Länder mit den westeuropäischen Ländern variiert zeitlich stark. Dabei kann man vier Zeitabschnitte unterscheiden:

- *1945-1950*: In der Nachkriegszeit dominierte sowohl in Polen als auch in der Tschechoslowakei die Vorstellung, die Wirtschaftsbeziehungen mit den Ländern sowohl West- als auch Osteuropas breit zu entwickeln. Das schlug sich sowohl in den Beschlüssen des ersten Parteitag der Polnischen Arbeiterpartei [Polska Partia Robotnicza - PPR] als auch im ersten Dreijahrplan in Polen nieder. In ihrem ersten Zweijahrplan sah sich auch die Tschechoslowakei in einer Art Brückenfunktion zwischen West und Ost. Darüber hinaus belegt die Tatsache, daß Polen und die Tschechoslowakei im Juni/Juli 1947 über einen Monat über die Teilnahme am Marshallplan nachdachten, bevor diese am Veto der Sowjetunion scheiterte, dass beide Länder daran offen-

---

5 Zdeněk Jirásek/Andrzej Małkiewicz, *Polska i Czechosłowacja w dobie stalinizmu (1948-1956)* [Polen und die Tschechoslowakei in der Zeit des Stalinismus (1948-1956)], Warszawa 2005, S. 182 und 184.

sichtlich ein großes Interesse hatten.<sup>6</sup> In der Folgezeit zeichnete sich die Teilung Europas jedoch immer deutlicher ab und auf dem fünften Treffen der Europäischen Wirtschaftskommission [E.C.E.] in Genf 1950 verhandelten die Delegationen der osteuropäischen Länder immer mehr unter dem Diktat der UdSSR.

- 1951-1957: In keiner anderen Periode hatten die Ereignisse des Kalten Krieges einen so großen Einfluss auf den polnischen und tschechischen Außenhandel wie in der Zeit nach dem Ausbruch des Korea-Krieges von 1951-1957. In der Folge verringerten sich die wirtschaftlichen Beziehungen mit den westlichen Ländern weiter deutlich. Der Anteil dieser Länder am polnischen Außenhandelsumsatz ging von 38% im Jahre 1950 auf 24% im Jahre 1954 zurück.<sup>7</sup> Die Konsequenz war, dass der polnische und tschechische Außenhandel stark auf den Osten ausgerichtet wurde. Allerdings kam auch die Wirtschaftsintegration im Rahmen des RGW in dieser Phase kaum zum Tragen. Eine Ausnahme bildete in dieser Zeit lediglich Polen, wo im Oktober 1956 sowohl verstärkte wirtschaftliche Beziehungen mit den westlichen Ländern als auch eine Beschleunigung der RGW-Integration lebhaft diskutiert wurde.
- 1958-1970: In den Beschlüssen zum polnischen und tschechischen Fünfjahrplan (1956-1960) wurde auch die Notwendigkeit betont, die wirtschaftlichen Beziehungen mit dem Ausland zu aktivieren. Dabei unterstrich man erstmalig auch offiziell, daß die Arbeitsteilung im Rahmen des RGW verstärkt werden müsse. Zugleich wurde empfohlen, die wirtschaftlichen Beziehungen mit den westlichen Ländern weiter zu entwickeln. Diese Linie wurde auch mit den Beschlüssen des dritten Parteitages der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei [Polska Zjednoczona Partia Robotnicza - PZPR] im Jahr 1959 und den Richtlinien für den nächsten Fünfjahrplan 1961-1965 beibehalten. In dieser Phase zeichnete sich in der Wirtschaftspolitik Polens und der Tschechoslowakei eine Art Kompromissstrategie des RGW ab. Dabei sollte die Neutralität einiger mittel- und nordeuropäischer Staaten im Ost-West-Konflikt, wie Österreich, Schweden oder Finnland, umfassend genutzt werden.<sup>8</sup> Die Wirtschaftsbeziehungen Polens und der Tschechoslowakei zu diesen westlichen Nicht-EWG-Mitgliedern wurden verstärkt. Auf diese Weise wollten die ostmitteleuropäischen Länder schließlich auch den EWG-Markt erschließen. Dabei wurden zwei Tendenzen sichtbar: Zum einen sollte der Export in die

---

6 Vgl. Janusz Kaliński, Zmiana dekoracji. Miesięczny okres rozważań nad planem Marshalla dowodzi, że Polska była nim zainteresowana [Die einmonatige Bedenkzeit über den Marshallplan belegt, dass Polen durchaus Interesse hatte], in: Przegląd Tygodniowy, Nr. 7 (307), 1988, S. 10.

7 Janusz Kaczurba, Polski handel zagraniczny w 35-leciu [Polnischer Außenhandel in 35 Jahren], in: Sprawy Międzynarodowe, 1979, Heft 10, S. 25-40, hier: S. 26.

8 Vgl. Dörte Putensen/Heike Mahnert, Der Norden auf dem Weg nach Europa: Skandinavien und die europäische Integration, Hamburg 2000; Dörte Putenson, Im Konfliktfeld zwischen Ost und West: Finnland, der kalte Krieg und die deutsche Frage (1947-1973), Berlin 2000.

westlichen Länder erhöht und zum anderen die eigene Produktion verstärkt entwickelt werden, mit der ansonsten erforderliche Importe abzulösen waren. Deshalb wurde beispielsweise in der Tschechoslowakei im Jahre 1968 eine Prämie eingeführt, die die Betriebe für Ausfuhren in die kapitalistischen Staaten erhielten. Zugleich änderte sich in dieser Phase zumindest in Polen die Warenstruktur des Außenhandels mit den EWG-Ländern gravierend. Sowohl im Ex- als auch im Import erhöhte sich der Anteil von Produkten mit einem höheren Verarbeitungsgrad.<sup>9</sup> Die traditionellen Exportzweige Polens blieben allerdings die Landwirtschaft und die Lebensmittelindustrie sowie die Metallurgie, deren Anteile sich jedoch verringerten.

- *Nach 1971:* In den siebziger Jahren wurde – so eine These – der Anfang zu dem „Comeback“ Ostmitteleuropas in den traditionellen Beziehungen zwischen den Zentren im Westen und der Peripherie im Osten gemacht. Ab 1970 verringerte sich der Anteil der RGW-Länder am polnischen Außenhandel deutlich.<sup>10</sup> Polen und die Tschechoslowakei strebten weiterhin danach, ihren Absatz auf den Märkten der EWG-Länder zu erhöhen. Allerdings stiegen die Zutrittsbarrieren zum EWG-Markt immer mehr an. In diesem Zusammenhang stellte jedoch nicht die Zollpolitik der Gemeinschaft das größte Problem dar, sondern vielmehr der Innovations- und Qualitätsverlust der ostmitteleuropäischen Produkte. Auf Grund dieser Probleme bemühten sich Polen und die Tschechoslowakei in den siebziger Jahren ihre außenwirtschaftlichen Beziehungen zu den Entwicklungsländern zu verstärken.

Der Zeitabschnitt nach 1971 ist jedoch nicht mehr Gegenstand dieses Projektes und böte einen lohnenden Ansatzpunkt für weitere Forschungsvorhaben.

---

9 Janusz Kaczurba, *Polski handel zagraniczny w 35-leciu* [Polnischer Außenhandel in 35 Jahren], in: *Sprawy Międzynarodowe*, 1979, Heft 10, S. 25-40, hier: S. 30f.

10 Ebd., S. 33.